

Der Bundesminister  
für die  
Auswärtigen Angelegenheiten  
ZL. 238.913 - Pol/59

339/A.B.  
zu 374 /J.  
Präz. am 31. März 1959

Wien, am 17. März 1959.

Europarat; Empfehlung der  
Konsultativversammlung 192,  
betreffend Vereinfachung  
von Grenzformalitäten; An-  
frage der Abgeordneten  
Marianne Pollak, Czernetz  
und Genossen an den Herrn  
Bundesminister.

5-fach

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Felix H u r d e s ,

W i e n .

Die Abgeordneten Marianne Pollak, Czernetz und  
Genossen haben unter Bezugnahme auf die Empfehlung der  
Konsultativversammlung des Europarates Nr. 192 am 18. Februar  
d.J. an mich die Anfrage gerichtet,

1. ob ich bereit sei, im Ministerkomitee des  
Europarates dafür einzutreten, daß in den  
Mitgliedstaaten
  - a) die Zollpapiere für die vorübergehende  
Einfuhr von Reiseomnibussen abgeschafft  
werden,
  - b) die Fragen der Zollpapiere für Handelsfahr-  
zeuge, der Vereinheitlichung der Zulassungs-  
papiere für Kraftfahrzeuge und der Verbes-  
serung der Abwicklung und der Einrichtungen  
auf Flugplätzen von dem Sonderausschuß für  
Grenzformalitäten erneut überprüft wird;
2. ob ich weiters bereit sei, so weit möglich,  
einseitige Maßnahmen für Österreich zu treffen.

./.

- 2 -

Nach Befassung des Ministerrates beehre ich mich, zu der Anfrage wie folgt Stellung zu nehmen:

Empfehlung 192 wird in der 69. Sitzung der Ministerdelegierten, die am 2. März d.J. in Straßburg begonnen hat, behandelt werden. Ich freue mich, hierzu mitteilen zu können, daß der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen zu der Erklärung ermächtigt worden ist, daß österreichischerseits bereits der Beschluß gefaßt wurde, die Zolldokumente für Reiseautobusse und darüber hinaus auch für Taxis aufzuheben und mit dem Erlaß einer diesbezüglichen Durchführungsverordnung in nächster Zeit zu rechnen sein werde. Die Österreichische Vertretung wird daher diese Anregung der Beratenden Versammlung wärmstens unterstützen.

Dem in b) enthaltenen Wunsch der Assemblée konnte allerdings nicht Rechnung getragen werden. Wie den Abgeordneten bekannt sein dürfte, wurde anlässlich der Prüfung des Berichtes über die 7. Tagung des "Sonderkomitees für die Vereinfachung der Grenzformalitäten" in der 63. Sitzung der Ministerdelegierten der Beschluß gefaßt, die Fragen der Vereinfachung der Formalitäten auf Flugplätzen, der Abschaffung der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr von kommerziellen Fahrzeugen und schließlich der Vereinheitlichung der Kraftfahrzeugzulassungsscheine den Expertenkomitee mit der Begründung zu entziehen, daß diese Probleme bereits durch die einschlägigen Fachorganisationen, wie Europäische Luftfahrtkonferenz, Organisation für internationale Zivilluftfahrt etc., ECE und OMEC erschöpfend behandelt werden.

Sondierungen des Österreichischen Vertreters in Straßburg ergaben, daß der überwiegende Teil der Mitgliedsländer nicht bereit ist, die seinerzeit vertretene Auffassung zu revidieren. Den in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumenten, vor allem dem Argument der Vermeidung von Doppel-

\*/

- 3 -

geleisigkeiten konnte auch ich mich nicht zur Gänze verschließen. Es wird sohin mit einer Ablehnung dieses Punktes zu rechnen sein.

Zu 2. erlaube ich mir darzulegen, daß die Frage des Ergreifens einseitiger Maßnahmen nicht in den Bereich des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, fällt. Ich darf es daher den Abgeordneten anheimstellen, diesbezügliche Schritte bei den zuständigen Ministerien einzuleiten.

Der Bundesminister  
für die  
Auswärtigen Angelegenheiten:

F i g l m.p.